Ihre Fragen zur Naturschutzpolitik

Die Aussagen zu Beginn Ihres Briefs kann ich zu 100% unterschreiben: „Naturschutzpolitik ist weder grün noch schwarz, weder gelb noch rot, sondern einfach nur wichtig. Eine intakte Umwelt und eine vielfältige Natur sind für uns und für zukünftige Generationen zu erhalten.“

Nun zu Ihren Fragen. Meine Antwort finden Sie jeweils in grün unter der Frage!

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Naturschutzverwaltung personell gestärkt wird? Unseres Erachtens kann nur eine leistungsfähige Naturschutz-verwaltung die ambitionierten Maßnahmen der Naturschutz-strategie Baden-Württemberg umsetzen.

Die AfD bekennt sich in ihrem Wahlprogramm ganz klar zum Naturschutz. *Wir wollen die Nitratbelastung des Grundwassers verringern, den hohen Flächenverbrauch eindämmen und den Erosionsschutz verbessern, um die Fruchtbarkeit landwirtschaftlicher Böden zu erhalten und das Einkommen der Landwirte nachhaltig zu sichern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass nach einer bestimmen Zeit keine weiteren Biogasanlagen mehr unterstützt werden (Vergleiche Landtagswahlprogramm Seite 57-58). Dazu braucht es meiner Ansicht nach vor allem politischen Einsatz und Willen! Ohne den nutzt auch mehr Verwaltungspersonal nichts. Wo wir mehr Personal und sogar ein eigenes Ministerium möchten (während wir das Ministerium Ländlicher Raum ja bereits haben) ist der Bereich des Verbraucherschutzes. Naturschutz ist auch eine Form von Verbraucherschutz. Sicherlich könnte es hier Überschneidungen geben. Wie viel Personal konkret in den beiden Ministerien in Zukunft nötig sein wird, werden die Abgeordneten, die den jeweiligen Ausschüssen angehören, nach der Wahl entscheiden. Hier muss eine gute Ausgewogenheit her, damit weder unnötige Bürokratie angehäuft wird, noch der wichtige Naturschutz zu kurz kommt.*

Setzen Sie sich für eine gesetzliche Unterschutzstellung von Streu-obstwiesen ein? Streuobstwiesen sind - neben dem Wald - die artenreichsten Biotope und prägen unsere Kulturlandschaft, vor allem hier im Albvorland. Die Ausdehnung der Ortschaften und der Bau von Straßen und anderen Infrastruktureinrichtungen hat zum weit-gehenden Verlust der früher vielerorts vorhandenen „Grüngürtel" geführt. Hinzu kommt die Vernachlässigung von Pflege und Nach-pflanzung wegen fehlender Wirtschaftlichkeit des Streuobstbaus. Neben Förderprogrammen und Unterstützungsmaßnahmen bedarf es des gesetzlichen Schutzes, um die fortlaufende Dezimierung aufzuhalten und - im Falle genehmigter Eingriffe - einen angemessenen Ausgleich und Ersatz zu gewährleisten.

Der Streuobstwiesenschutz muss konsequent weitergeführt werden. Es braucht hier weiterhin Förderprogramme, wie es sie bereits in Baden-Württemberg gibt. Ich setze mich dafür ein, dass diese fortgesetzt werden und über erweiternde Maßnahmen und Subventionen nachgedacht wird. Das fordert auch das Landtagswahlprogramm der AfD auf Seite 54. Darüber ob es hierfür neue Gesetze braucht oder ob Förderprogramme ausreichen, lasse ich mich gerne ergebnisoffen beraten, sollte ich gewählt werden. *Eines ist für die AfD in jedem Fall klar: Menschen, die sich für den Erhalt unserer Kulturlandschaften einsetzen, müssen unterstützt werden! Dies gilt für kleinbäuerliche Viehbetriebe genauso wie für Streuobstwieseninitiativen und –besitzer. Gewinnmaximierung darf nicht zu Lasten einer intakten Umwelt und Schöpfung Gottes gehen.*

Setzen Sie sich dafür ein, dass das Land ein einheitliches und bürgerfreundliches Kataster für alle vorhandenen und neuen Ausgleichsflächen aus der Eingriffsregelung nach §§ 13ff. BNatSchG und dem besonderen Artenschutz §44 und §45 BNatSchG aufbaut, aus dem auch die zur Umsetzung verantwortliche Stelle ersichtlich ist? Für jeden Eingriff in die Natur muss ein Ausgleich geschaffen werden. Landauf, landab sollte es abertausende Ausgleichsflächen geben. Doch viele sind in Vergessenheit geraten, sind schlecht gepflegt oder zerstört – obwohl dies unzulässig ist.

Erlauben Sie mir angesichts der Herausforderungen durch die Asylpolitik unserer Regierungen zu hinterfragen, ob diese Ziele mit einer weiteren „grün-roten“ oder „schwarz-grünen“ Politik überhaupt nur ansatzweise realisierbar sein könnten. Ich bezweifle dies. Wenn massenhaft neuer Wohnraum entstehen muss, *da unkontrolliert und ohne Planungsmöglichkeiten täglich mehrere tausend Menschen neu nach Deutschland kommen und untergebracht werden,* würden gigantische Ausgleichsflächen benötigt werden. Wer soll diese akribisch genau pflegen, wenn Kommunen ohnehin schon an ihre Grenzen geraten? *Wer soll so viele Flächen dauerhaft garantieren? Unter geordneten Umständen hingegen, wäre dieses Ziel schrittweise zu erreichen. Zumindest wäre die Situation eine deutlich einfachere und es ließe sich der Flächenverbrauch gegebenenfalls eindämmen. Diese Ziele will die AfD nicht aus den Augen verlieren und kämpft deshalb auch auf anderen politischen Bereichen für eine maßvolle Politik, die ihre Grenzen kennt und Verantwortung trägt. Auch die Natur kennt Grenzen der Belastbarkeit. Wer dies zwar betont aber gleichzeitig in anderen Politikbereichen verantwortungslos handelt, der sollte so ehrlich sein und zugeben, dass er den Wählern lediglich Sand in die Augen streut!*

Setzen Sie sich dafür ein, dass ein Aktionsprogramm Landwirtschaft und biologische Vielfalt umgesetzt wird – am besten mit konkreten Zeitachsen versehen und Vorgaben im Falle der „Ziel-Nichterreichung“? Gerade in Agrarökosystemen schwindet dramatisch die biologische Vielfalt.

Dieses Ziel kann ich unterstützen. *Gleichwohl fürchte ich, dass die politische Entwicklung genau Gegenteiliges bewirken wird. Die Grünen haben es versäumt, genügend grüne Agrarpolitik zu machen. Wer nur einseitig auf biologische Landwirtschaft setzt, jedoch wenig dafür tut, dass auch konventionelle Landwirtschaft grüner wird und auch ohne große Mastfabriken ertragreich sein kann, wer also die Bewahrung der Kulturlandschaft NICHT ausreichend honoriert und Subventionen europaweit falsch einsetzt, wie dies alle Altparteien tun, (der) verpasst die Gelegenheit, die biologische Vielfalt zu schützen.*

Setzen Sie sich dafür ein, dass ein Aktionsprogramm zur Förderung der biologischen Vielfalt in und mit Kommunen aufgelegt wird? Ohne die Städte und Gemeinden können die Naturschutzziele des Landes nicht erreicht werden. Darum sollte unserer Ansicht nach ein Förderprogramm aufgelegt werden, um Anreize für den kommunalen Naturschutz zu setzen.

Ja. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass ein solches Programm praxistauglich und nah an den Menschen ist. Mit weiterer Bürokratie am Schreibtisch ist niemandem geholfen. Vielmehr muss es um die konkrete Umsetzung solcher kommunalen Projekte gehen. Diese sollten daher von „unten nach oben“ erstellt werden und nicht von „oben“ auferlegt werden. Deshalb sollten sich die Programme an Leitlinien orientieren und zu Projekten (auch finanziell) ermutigen, nicht aber bevormunden und ohnehin überlastete Verwaltungen in ihren Spielräumen einengen. Hierzu ist ein guter Austausch des Landes mit den Kommunen notwendig. Gerne bin ich zur Diskussion zur konkreten Ausgestaltung solcher Programme bereit. Dies gilt für alle Ihre Anliegen und Fragen! Falls ich das Vertrauen am 13. März bekomme, ist die Landwirtschafts- und Umweltpolitik eines meiner Hauptanliegen. Auf diesem Feld möchte ich mich betätigen, um unsere Heimat zu schützen. „Die AfD versteht sich als konservative politische Kraft, die sich für die Bewahrung des Erbes unserer Kulturlandschaften einsetzt.“ (AfD-Landtagswahlprogramm Baden-Württemberg, Seite 53)